

Initiative „Echte Demokratie Jetzt – Nürnberg“

Wer wir sind und was wir wollen / Stellungnahmen und Forderungen

Wir sind empörte Menschen! Wir nehmen es nicht länger hin, dass über unsere Köpfe hinweg regiert wird und auf unsere Kosten und zum Leid vieler Menschen ein marodes und zum Scheitern verurteiltes Banken- und Wirtschaftssystem am Leben erhalten wird. Wir sind Teil der in Spanien entstandenen Bewegung „Democracia Real Ya“, die unter anderem die Massendemonstrationen vom 15. Mai und 19. Juni organisierte. Vorbild hierfür war die Demokratiebewegung in Nordafrika, die auch als "arabischer Frühling" bezeichnet wird.

Diese hat es sich zum Ziel gesetzt, die weltweit herrschende soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen und für eine nachhaltige und ökologische Gesellschaftsordnung einzutreten, in der Menschen entscheiden und die Politiker sich an diese Entscheidungen halten. Es ist nicht hinzunehmen, wenn Gewinne privatisiert und Verluste von der Allgemeinheit getragen werden! Dass sich einige wenige Personen auf Kosten *aller* anderen bereichern, werden wir nicht länger dulden. Dies ist aber ein globales Problem und nicht auf einzelne Regionen oder Länder beschränkt, deshalb ist auch ein globaler Widerstand dagegen dringend nötig.

Der Bewegung haben sich inzwischen zahlreiche Menschen in verschiedenen Ländern rund um den Globus angeschlossen – in Griechenland, England, Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, Polen, Ungarn, Ägypten, Tunesien, Südafrika, Peru, Chile, den USA, Australien ...

Außer sich mit den empörten Menschen in Spanien, Griechenland und in vielen anderen europäischen Staaten und auf der ganzen Welt solidarisch zu erklären, unterstützen wir auch konkrete regionale Forderungen.

Zum Beispiel richten wir uns gegen die unsoziale Fahrpreiserhöhung der VAG um bis zu 30%. Wir werden das nicht einfach hinnehmen. Deshalb unterstützen wir zukünftige Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung in Nürnberg und werden uns aktiv daran beteiligen.

Auch überregional stehen wir für mehr Transparenz bei Behörden, Ämtern und in der Politik.

Nur so kann Korruption nachhaltig bekämpft werden. Es darf nicht sein, dass sich Politiker in ihrer Amtszeit ihre Posten in der Wirtschaft durch Steuergeschenke und andere Zuwendungen „erarbeiten“, die sie nach ihrem Ausscheiden aus der Politik besetzen. Zu nennen wären hier z.B.: Der ehemalige Bundeskanzler Schröder und sein Wechsel als Aufsichtsratschef zur deutsch-russischen NEGP (die mehrheitlich Gazprom gehört), sowie der ehemalige hessische Ministerpräsident Koch der letztes Jahr Vorstandsvorsitzender bei Bilfinger-Berger (Deutschlands größtem Dienstleistungs- und Baukonzern) wurde. Die sofortige Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Politikern halten wir nur für einen ersten Schritt, um Korruption und Lobbyismus zu bekämpfen.

Wir halten es für äußerst fragwürdig, wenn Politiker *die Nutzung und den Ausbau von Atomkraftwerken* befürworten, sogar deren Laufzeiten verlängern und dann im Fall einer Katastrophe das komplette Gegenteil behaupten, nur um ihre parlamentarischen Mehrheiten mit jedem erdenklichen Mittel aufrecht zu erhalten.

Die sogenannte „Laufzeitverlängerung“ wurde erst im Oktober 2010 von der der CDU/CSU/FDP-Regierung beschlossen und nur viereinhalb Monate später wieder zurück genommen.

Unmittelbar nach dem schlimmsten Atomunfall seit Tschernobyl 1986, der sich am 11. März 2011 im japanischen Fukushima ereignete, änderte die Bundesregierung „plötzlich“ ihren Kurs! Wir wenden uns aber auch strikt gegen die neue Variante des Atomgesetzes, die einen Ausstieg aus der Atomkraft bis 2022 vorsieht. Die Atomkraft stellt ein unkontrollierbares Risiko dar, deshalb müssen alle Atomkraftwerke und sonstigen "kerntechnischen Anlagen" sofort stillgelegt werden.

Bei diesem vermeintlichen „Sinneswandel“ in der Atompolitik geht es *allerdings nicht um das Wohl* der Menschen! Offensichtlich geht es in so einem Fall nur um den Machterhalt der Politiker und Gewinne für die Energiewirtschaft. Ein abgeschriebenes Atomkraftwerk erwirtschaftet in Deutschland immerhin einen Gewinn von einer Million Euro pro Tag!

Die Verlogenheit und die Doppelzüngigkeit der momentan Herrschenden zeigt sich auch an dem Verkauf von 200 Leopard-II-Panzern nach Saudi-Arabien. Einerseits wird medienwirksam die Demokratiebewegung im nahen Osten gelobt und andererseits werden Waffenexporte in Länder getätigt, die diese Bewegung mit Gewalt bekämpfen.

Die gleiche Bundesregierung wird nun – ursprünglich im Geheimen geplant – schweres Kriegsgeschütz nach Saudi Arabien liefern; obwohl die dortige Regierung half, die Demokratiebewegung im Nachbarstaat Bahrain niederzuschlagen. Wir fordern einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte und unterstützen die Gesetzesinitiative, dass zukünftig nicht mehr der geheim tagende Auswärtige Ausschuss, sondern das ganze Parlament öffentlich über Rüstungsgeschäfte entscheidet.

Die menschenverachtenden und unsozialen Hartz-IV Gesetze lehnen wir ab. Sie sind unserer Auffassung nach verfassungs- und menschenrechtswidrig, da viele Grundrechte stark beschnitten bzw. faktisch außer Kraft gesetzt wurden. So werden beispielsweise für einen Hartz-IV-Empfänger die täglichen Verpflegungskosten bei 4,32 € angesetzt, ein Polizeihund erhält dagegen Verpflegung im Wert von 6,80 €.

Deshalb stehen wir auch hinter der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, das natürlich so bemessen sein muss, dass es auch tatsächlich eine gesellschaftliche Teilhabe und ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Wenn die Politiker immer vom Sparen sprechen, sich aber selbst die Bezüge gewaltig erhöhen, zeigt dies auch ihre Verhältnis zur eigenen Bevölkerung. Es ist einfach unverschämte, dass Politiker einer großen Zahl sozial benachteiligter Menschen die Gelder streichen oder kürzen, aber sich selbst die ‚Diäten‘ um fast 600 € pro Monat erhöhen. Diese Erhöhung der Diäten muss rückgängig gemacht und auch künftige willkürliche Steigerungen der Diäten unterbunden werden.

Auch viele Prestigeprojekte werden einfach gegen den Willen der davon betroffenen Menschen, auch mit Gewalt durchgesetzt. Diese ökonomisch, ökologisch und sozial verwerflichen Projekte – die oft Millionen oder Milliarden von Euro verschlingen – müssen beendet und auch zukünftig verhindert werden. Außerdem müssen die Menschen direkt und unmittelbar in transparente Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Aufgrund dessen wenden wir uns gegen einen unökonomischen und schlecht geplanten Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg und werden uns auch hier aktiv in den Protest einbringen.

Ebenso solidarisieren wir uns mit den Menschen, die Widerstand gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 leisten oder den Menschen im italienischen Susa-Tal, die gegen eine Schnellzugtrasse von Turin nach Lyon kämpfen.

Gleichberechtigung aller Menschen, nachhaltiger Fortschritt, Solidarität, kulturelle, religiöse und sexuelle Freiheit, ökologische und soziale Nachhaltigkeit zum Wohl und Glück aller Menschen müssen als Prioritäten einer jeden modernen Gesellschaft gelten.

In ihrem momentanen Zustand sorgen unsere Regierungen und das global herrschende Wirtschaftssystem nicht dafür, sondern stellen sogar auf vielerlei Art und Weise das größte Hindernis für menschlichen Fortschritt dar.

Das Recht auf eine sichere Behausung, frei gewählte Arbeit, politische und kulturelle Teilhabe, Zugang zu sauberem Wasser, saubere Nahrung und Luft, freie und kostenlose Bildung, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, freie persönliche Entwicklung und Verbraucherrechte im Sinne einer gesunden und glücklichen Existenz sind unverzichtbare Wahrheiten, die unsere Gesellschaft zu befolgen hat.

Die Gier nach Macht und deren Konzentration auf einige wenige Menschen bringt Ungleichheit, Spannungen und Ungerechtigkeit mit sich, was wiederum zu Gewalt führt, die wir jedoch strikt ablehnen. Das veraltete, unsoziale und unökologische Wirtschaftsmodell treibt die gesellschaftliche Maschinerie an, einer immerfort wachsenden Spirale gleich, die sich selbst vernichten wird, indem sie nur wenigen Menschen Reichtum bringt und den Rest in Armut stürzt. Bis zum völligen Kollaps!

Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, Macht und Einfluss ohne dabei auf den Wohlstand der gesamten menschlichen Gesellschaft zu achten. Ressourcen werden verschwendet, der Planet und damit die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit wird zerstört. Arbeitslosigkeit, Armut und Unzufriedenheit greifen weltweit immer mehr um sich.

Wenn wir es als Gesellschaft lernen, unsere Zukunft nicht mehr einem abstrakten Wirtschafts- und Herrschaftssystem anzuvertrauen, das den meisten ohnehin keinerlei Vorteile erbringt, können wir den Missbrauch abschaffen, unter dem wir alle leiden. Wir brauchen eine ethische und soziale Revolution! Anstatt Geld in den Mittelpunkt des Lebens zu stellen, sollten wir es dazu nutzen Allen den Alltag zu erleichtern. Geld ist nur ein Tauschmittel und kein zentraler Bestandteil des Lebens. Menschen sind Individuen und keine Marionetten des Finanzsystems.

Die Welt ist keine Ware, Menschen sind keine Produkte!

Gemeinsam können wir es schaffen diese Welt zu verändern.
Gehen wir alle gemeinsam auf die Straße; es ist unser Recht!

Unser für alle offenes Vernetzungstreffen findet jeden Mittwoch ab 20:30 Uhr in der Planungskneipe (Kernstr. 29) in Nürnberg/Gostenhof statt. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen! Des Weiteren veranstalten wir jeden Sonntag von 15–18 Uhr vor der Lorenzkirche Kundgebungen und freuen uns auf rege Beteiligung!

Weitere Informationen finden Sie auch unter: <http://echte-demokratie-jetzt-nbg.de.vu/> und auf Twitter unter @edj_nbg, sowie auf Facebook „Echte Demokratie Jetzt – Nürnberg“.

Der Sprecher- und Sprecherinnenkreis der Initiative „Echte Demokratie Jetzt – Nürnberg“